

Stand: 25.04.2024 07:12:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/8771

"Nachtragshaushalt für Energiewende"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/8771 vom 25.05.2011
2. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 25.05.2011
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/9212 des WI vom 06.07.2011
4. Beschluss des Plenums 16/9355 vom 13.07.2011
5. Plenarprotokoll Nr. 81 vom 13.07.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und Fraktion (SPD)

Nachtragshaushalt für Energiewende

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für die Energiewende einen Nachtragshaushalt 2011 aufzulegen, um die für den Umstieg auf eine Energieversorgung mit erneuerbaren Energien notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Begründung:

Mittlerweile hat auch die Staatsregierung eingesehen, dass ein möglichst rascher Umstieg auf eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien zwingend geboten ist. Die Energiewende ist für Bayern aber nicht zum Nulltarif zu haben. Aufgrund der unerwartet sprudelnden Steuereinnahmen stehen erheblich mehr Haushaltsmittel zur Verfügung als gedacht. Diese Mittel gilt es nun intelligent zu nutzen.

Für das Jahr 2011 fordert die SPD-Landtagsfraktion kurzfristig zusätzliche Mittel für den Umstieg auf eine regenerative Energieversorgung.

40 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs sowie ein Drittel der CO₂-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich. Daher sind die Einsparpotenziale hier gewaltig. Die SPD-Landtagsfraktion fordert zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von acht Millionen Euro für die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden sowie sieben Millionen Euro für zinsgünstige Darlehen an Privatpersonen, die ihr Haus energetisch sanieren wollen.

Bei der kleinen Wasserkraft sind nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion zusätzlich drei Millionen Euro für die Modernisierung bestehender und für die Reaktivierung stillgelegter Anlagen erforderlich. Für die Forschung in diesem Bereich sind weitere zwei Millionen Euro vonnöten. Um den Ausbau der Geothermie voranzubringen, sollten für Absicherungsdarlehen im Falle von Fehlbohrungen drei Millionen Euro in den Haushalt eingestellt werden.

Von großer Bedeutung beim Umstieg auf erneuerbare Energien ist der massive Ausbau von Stromspeichern. Für grundlegende Forschung in diesem Bereich sollten zwei Millionen Euro zusätzlich eingeplant werden. Des Weiteren fordert die SPD-Landtagsfraktion ein mit fünf Millionen Euro ausgestattetes Förderprogramm für regenerative Kombikraftwerke. Das sind Erneuerbare-Energien-Anlagen, die mit Speicheranlagen zur zeitlichen Verlagerung der Stromeinspeisung ergänzt werden. Eine Million Euro sollten für umfassende Untersuchungen zur Erstellung eines Pumpspeicherkatasters zu Verfügung gestellt werden.

Die billigste und sauberste Energie ist immer noch die, die wir nicht verbrauchen. Daher plädiert die SPD-Landtagsfraktion für eine Energiesparoffensive mit einer breit angelegten Öffentlichkeitskampagne, für die vier Millionen Euro Haushaltsmittel eingeplant werden müssten.

Zu den wichtigsten Akteuren auf dem Weg zur Energiewende zählen die Kommunen, da diese am besten wissen, welche Möglichkeiten zur regenerativen Energieerzeugung und welche Einsparpotenziale es gibt. Dazu benötigen die Kommunen jedoch die Unterstützung professioneller Energieberater. Um die Kommunen bei den hierfür entstehenden Kosten nicht im Regen stehen zu lassen, wären aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion zusätzliche Mittel im bayerischen Haushalt in Höhe von fünf Millionen Euro vonnöten. Überdies sollte für Kommunen, die den Rückkauf der örtlichen Energienetze anstreben, Finanzhilfen von insgesamt fünf Millionen Euro bereitgestellt werden.

Wenn es der Staatsregierung mit der Energiewende ernst ist, so muss sie hierfür auch die notwendigen Mittel bereitstellen, was sich mittel- und langfristig aber rechnen wird.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Tobias Reiß

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Tobias Thalhammer

Abg. Franz Schindler

Abg. Maria Scharfenberg

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Karsten Klein

Staatsminister Martin Zeil

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende Jetzt! (Drs. 16/8752)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushalt für Energiewende (Drs. 16/8771)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragt hat, über den ersten Spiegelstrich des dritten Absatzes unter der Überschrift "Stilllegung der Atomkraftwerke" getrennt, und zwar in namentlicher Form abzustimmen. Die Abstimmung über den restlichen Antragstext erfolgt zuvor in einfacher Form.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Hartmann für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die tragischen Ereignisse von Fukushima waren für die Regierungsfractionen im Hohen Haus Anlass, endlich ihre verfehlte Atompolitik zu überdenken und eine Kehrtwende einzuleiten. Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht, an dem Sie gestehen müssen, dass Sie im Herbst letzten Jahres einen gravierenden Fehler gemacht haben, als Sie auf die Laufzeitverlängerung gesetzt haben. Sie haben einen gravierenden Fehler gemacht, indem Sie einen politischen Konsens ohne Not aufgekündigt haben. Sie müssen eingestehen: Sie haben in den letzten fast 30 Jahren auf eine verkehrte Energiepolitik in diesem Land gesetzt.

(Klaus Stöttner (CSU): Das stimmt nicht!)

Ein fast 60-prozentiger Atomstromanteil an der Energieversorgung in Bayern dokumentiert eine einseitige Ausrichtung der Energieversorgung auf die Kernkraft. Das Traurige daran ist: Die Staatsregierung hat bis vor Kurzem darin einen "ausgewogenen Energiemix" gesehen.

Wir begrüßen grundsätzlich die Bereitschaft der Staatsregierung und der Bundesregierung, endlich eine Kehrtwende in der Energiepolitik zu vollziehen, wenn sie ernst gemeint ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man sich die Berichterstattung anschaut, dann hat man schon das Gefühl, die Staatsregierung hat medial eine Kehrtwende eingeleitet; sie nimmt die Fraktion und Teile der Partei aber bei Weitem nicht mit. Wenn man sich die heutige Berichterstattung anschaut, sieht man nicht, dass Sie um die Deutungshoheit statt mit Ehrgeiz für eine Energiewende kämpfen. Sie kämpfen darum, wer was in der Kabinettsitzung gesagt hat. Sie kämpfen nicht um die Energiewende, Sie kämpfen darum, was letzten Dienstag im Kabinett gelaufen ist.

Der Ministerpräsident, der gerade nicht anwesend ist, hat in den letzten Tagen und Wochen immer wieder betont, er wolle einen gesellschaftlichen Konsens beim Thema "Energiewende und Atomausstieg". Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, dieser Konsens ist in der Gesellschaft längst vorhanden. *Sie* alleine stehen noch abseits.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Gesellschaft ist sich einig: Wir möchten so schnell wie möglich aus der Atomkraft aussteigen und einsteigen in das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Sie stehen noch daneben.

(Klaus Stöttner (CSU): Das stimmt nicht!)

Ich möchte auf einen weiteren Bereich in unserem Dringlichkeitsantrag ganz deutlich eingehen. Sie haben heute die Gelegenheit, deutlich zu unterstreichen, dass Sie eine Kehrtwende in der Energiepolitik vollziehen möchten. Deshalb wollen wir über den Widerruf der Genehmigung für das Atomkraftwerk Isar 1 nach § 17 des Atomgesetzes namentlich abstimmen zu lassen. Wenn Sie die Sicherheitslage von Isar 1 jetzt tatsächlich anders einschätzen und die Gefahr eines Flugzeugabsturzes anders bewerten, dann ist es die Aufgabe des bayerischen Umweltministers, die Betriebsgenehmigung zu widerrufen. Da brauchen Sie gar nicht nach Berlin zu schauen. Das ist ganz klar geregelt. Der Umweltminister kann als Chef der bayerischen Atomaufsicht die Genehmigung widerrufen, wenn er zu der Einsicht kommt, dass Isar 1 so nicht weiterbetrieben werden kann, weil das sicherheitstechnisch nicht vertretbar ist. Wenn dem so ist, dann machen Sie das endlich und schieben Sie nicht die Verantwortung nach Berlin.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, im Bericht aus der gestrigen Kabinettsitzung sind Ansätze von Vernunft zu finden. Erstmals taucht der Begriff "Kraft-Wärme-Kopplung" auf. Sie sprechen sich auch dafür aus, dass die Windenergie im Binnenland nicht zugunsten von Offshore-Anlagen schlechter gestellt werden soll. Das ist vollkommen richtig.

In Ihrem Beschluss bekommen Sie aber wieder einmal nicht hin, für Planungssicherheit zu sorgen. Das haben Sie in den letzten Jahren schon nicht geschafft.

Blicken Sie doch einfach einmal zurück: Wir haben uns im letzten Jahr nicht gegen die Sonderkürzung der Grundvergütung ausgesprochen, sondern dagegen, wie das gemacht wird. Sie haben für ein Chaos gesorgt. Schwarz-Gelb hat auf Bundesebene, aber auch hier im Haus für Unsicherheit anstatt für Planungssicherheit gesorgt.

Das geht noch weiter. Beim Marktanreizprogramm haben Sie ebenfalls für ein Chaos gesorgt. Sie sind der Spitzenreiter, wenn es darum geht, von einer Planungssicherheit

zum Planungschaos zu gelangen. Das haben Sie bis jetzt beim Thema Energiewende erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte aber nicht nur auf die Vergangenheit zurückblicken. Ich gestehe es jedem zu, seine Meinung zu ändern, wenn er es denn ernst meint. Sehen wir uns aber einmal den Kabinettsbeschluss von gestern an. Dort liest man zwar auf vielen Seiten das Wort "Planungssicherheit"; ich habe mir dann aber den Punkt "Brennelementesteuer" herausgegriffen. Vor einem halben Jahr haben Sie noch gesagt, die Brennelementesteuer sei unabhängig von der Laufzeitverlängerung. Außerdem haben Sie gesagt, die Brennelementesteuer werde benötigt, um die Energiewende zu finanzieren. In diesem Konzept heißt es jetzt: Sie wollen sich dafür einsetzen, dass die Brennelementesteuer wieder abgeschafft wird.

Für die Einführung der Brennelementesteuer gab es einen guten Grund. Sie wurde eingeführt, damit die Atomkraftwerke nicht die einzigen fossilen Kraftwerke sind, die keinerlei Steuer für ihren Brennstoff unterliegen. Alle anderen fossilen Kraftwerke unterliegen dem Emissionshandel. Diese Steuer wurde also aus gutem Grund eingeführt, und zwar komplett unabhängig von der Laufzeitverlängerung. Aber genau diese Brennelementesteuer stellen Sie jetzt, ein halbes Jahr später, schon wieder infrage. Von Planungssicherheit ist hier wirklich nichts zu spüren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Laut dem Protokoll wurde auch gesagt, von diesen Einnahmen solle auch die Asse saniert werden. Wenn diese Einnahmen wegfallen, weil Sie diese Steuer zurücknehmen, muss dann der Steuerzahler wieder die Kosten tragen? Auch uns ist klar, dass die Einnahmen geringer als geplant ausfallen werden, wenn die sieben ältesten AKWs und das AKW Krümmel abgeschaltet werden. Niedrigere Einnahmen sind aber kein Grund, die Brennelementesteuer komplett infrage zu stellen. Das zeigt einmal mehr:

Sie möchten der Atomlobby ein Geschenk machen, weil Sie im Gegenzug die Laufzeiten verkürzen möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es sehr interessant, was der Ministerpräsident gestern zu diesem Thema in einer Pressemitteilung ausgeführt hat:

Wenn wir wollen, dass die Wirtschaft im Rahmen der Energiewende investiert, können wir sie nicht gleichzeitig mit dieser Steuer belasten.

Genau mit diesen Einnahmen aus der Brennelementesteuer wollte man jedoch die Energiewende finanzieren. In diesem Hohen Haus und in Berlin wurde gesagt, das ist den Protokollen zu entnehmen: Die Brennelementesteuer ist dafür da, um mit den Einnahmen in die Energiewende zu investieren. Jetzt sagt der Ministerpräsident, dass diese Steuer abgeschafft werde, damit investiert wird. Die ganze Sache wird langsam schizophren.

Ich komme zu einem weiteren Bereich, bei dem Sie sich weigern, für Planungssicherheit zu sorgen. Zur Planungssicherheit gehört es auch, zu wissen, wann welches AKW abgeschaltet werden soll. Vor der Antwort auf diese Frage ducken Sie sich weg. Die CSU und die FDP nennen stattdessen jeweils ein Datum, aber keiner erklärt den Weg zur Erreichung dieses Ziels.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wir haben kein Datum genannt!)

Was heißt das? Bedeutet das, dass alle AKWs bis zum 31. Dezember 2022 laufen werden und dass Isar 2 am 31.12.2022 abgeschaltet wird? Sie legen sich in dieser Frage nicht fest und schaffen keine Planungssicherheit, wann welches AKW vom Netz gehen wird. Sie sagen auch nicht, zu welchem Zeitpunkt Gaskraftwerke zum Auffangen der wegfallenden Leistung zur Verfügung stehen werden.

Die CSU hat gesagt, sie wolle bis zum Jahr 2022 aus der Kernkraft aussteigen. Ab wann sollen dann die Betreiber in Gaskraftwerke investieren? Die Betreiber werden erst dann in solche Kraftwerke investieren, wenn sie wissen, wann diese Anlagen gebraucht werden, damit sie damit Geld verdienen können. Die Betreiber werden kein Gaskraftwerk bauen, wenn sie wissen, dass sie in den ersten Jahren mit einem abgeschriebenen AKW konkurrieren müssen. In diesem Falle werden die Anlagen nie wirtschaftlich sein. Dann wird sich niemand finden, der in ein Gaskraftwerk investiert. Das bedeutet: Sie schieben den Ausstieg aus der Kernkraft auf die lange Bank, spielen auf Zeit und wollen keinen zügigen Ausstieg aus dieser Risikotechnik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den Erdgaskraftwerken: Richtig ist - das ist auch bei uns unumstritten, um das gleich vorweg zu nehmen -, dass Gaskraftwerke nötig sind, um die Energiewende voranzutreiben. Richtig ist aber auch, dass dabei vorrangig auf Kraft-Wärme-Kopplung gesetzt wird und diese Kraftwerke möglichst dezentral sein sollten. Großkraftwerke sind nicht sinnvoll. Das Kabinett hat jedoch beschlossen, bis zum Jahr 2020 Erdgaskraftwerke mit einer Leistung von 4.000 Megawatt zu errichten. Das ist eine neue Bremse für den Fahrplan zum Zeitalter der erneuerbaren Energien. Bis zum Jahr 2020 könnte es klappen, 50 % des Energiebedarfs aus den erneuerbaren Energien und den Rest aus Gaskraftwerken bereitzustellen. Was wird aber im Jahr 2025 sein? Wir möchten die erneuerbaren Energien weiter ausbauen und haben das Ziel, eines Tages 100 % des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Dann wird es in Bayern relativ neue Kraftwerke geben, die kaum abgeschrieben sind und ihr Geld noch nicht "eingespielt" haben. Diese Kraftwerke werden dann wie ein Bremsklotz für die erneuerbaren Energien wirken und uns in den fossilen Bereich zu 50 % festsetzen. So wird die Energiewende nicht funktionieren.

Wir werden an einen Punkt kommen, an dem die Erdgaskraftwerke immer weniger Laststunden haben werden und der Strom aus diesen großen Gaskraftwerken immer teurer wird. Herr Minister Zeil hat das Ziel in den Vordergrund gestellt, dass die benö-

tigte Strommenge in Bayern produziert werden soll. Bayern soll nicht auf Stromimporte aus anderen Bundesländern angewiesen sein. In der gleichen Pressemitteilung sagen Sie, dass Sie die Energiewende möglichst günstig gestalten wollen. Es soll nicht zu einer Kostensteigerung kommen. Sie wollen neue Kraftwerke auf den Markt bringen, die jahrelang laufen, aber darauf verzichten, Strom aus der Windkraft von den Küsten oder aus anderen Bundesländern zu beziehen, der zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich günstiger sein wird als der Strom aus den Erdgaskraftwerken. Erdgaskraftwerke mit einer Leistung von 4.000 Megawatt werden Laststunden benötigen, um Geld zu verdienen. Diese Kraftwerke werden dann mit den erneuerbaren Energien aus anderen Bundesländern konkurrieren.

Im Hinblick auf den Klimawandel tun wir uns nichts Gutes, wenn wir kleinkariert denken und sagen: Der Strom muss aus Bayern kommen. Wir sollten den Strom aus anderen Bundesländern, wenn der Wind weht und die Sonne scheint, annehmen. Alles andere wäre absurd. Entscheidend ist, dass Deutschland über das Jahr gemittelt den nötigen Strom produzieren kann. Wir brauchen einen regen Austausch mit den Bundesländern, die gerade viel Ökostrom anbieten können. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wir sollten nicht das Ziel verfolgen, dass jeglicher Strom, den Bayern benötigt, aus Bayern kommen muss. Hier brauchen wir ein Umdenken, sonst werden wir dieser gesamten Aufgabe nicht gerecht. Es wird nicht klappen, wenn jedes Bundesland glaubt, es selbst schaffen zu müssen. Wir brauchen in Deutschland einen Austausch zwischen Nord und Süd und zwischen Ost und West. Dieser Austausch wird auch stattfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Wir hoffen, damit endlich einmal einen deutlichen Fahrplan für das vorgelegt zu haben, was jetzt passieren muss. Meine Damen und Herren von der CSU und der FDP, Sie sollten sich endlich einmal zu etwas bekennen, statt Debatten darüber zu führen, was Sie machen wollen. Sie sagen nämlich nie, wie Sie es machen möchten.

Eine kleine Änderung haben wir auf der Seite 2 unseres Dringlichkeitsantrags beim Punkt "Erneuerbare Energien zu 100 %" in Absprache mit der SPD vorgenommen. Wir würden gern auf den ersten Spiegelstrich verzichten, damit die Oppositionsfraktionen dem Antrag gemeinsam zustimmen können.

Dem Dringlichkeitsantrag der SPD zum Thema Nachtragshaushalt werden wir selbstverständlich zustimmen. Wir haben bei den Beratungen zum Doppelhaushalt, die vor Kurzem stattgefunden haben, eine ganze Reihe von Anträgen zum Energiesparen und zur Energiewende eingebracht. Alle Anträge wurden von den Regierungsfractionen mit der Begründung abgelehnt, dass sie nicht notwendig seien.

Wenn Sie es mit der Energiewende ernst meinen, werden Sie um die Aufstellung eines Nachtragshaushalts nicht herumkommen. Das haben Sie sich selbst zuzuschreiben. Sie hätten bei den ersten Beratungen zum Doppelhaushalt richtig abstimmen sollen. Dann hätten Sie sich das ersparen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Geschäftsleitend möchte ich sagen, dass wir nach dieser Debatte und den Abstimmungen wahrscheinlich keine weiteren Anträge mehr aufrufen können. Ich bitte jetzt alle Redner, sparsam mit ihrer Redezeit umzugehen, damit wir die Abstimmungen überhaupt noch durchführen können. Für die CSU-Fraktion ist der nächste Redner Herr Kollege Tobias Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hartmann, Sie vermissen im Konzept der Staatsregierung die Planungssicherheit im Hinblick auf den Umstieg zu den erneuerbaren Energien und den Ausstieg aus der Kernenergie. Sie möchten gerne wissen, wann welches AKW vom Netz gehen wird. Sie monieren, dass sich die Koalition auf ein ambitioniertes Ausstiegsdatum hätte einigen müssen. In Ihrem Dringlichkeitsantrag schlagen Sie vor, das letzte Kernkraftwerk spätestens im Jahr 2017 vom Netz zu nehmen. Bei Trittin habe ich gelesen, dass er 2014 abschalten will. Ich glaube, Sie haben Verständnis dafür, dass wir uns an die-

sem Überbietungswettbewerb nicht beteiligen. Ich habe mir heute die Regierungserklärung, die der grüne Herr Ministerpräsident Kretschmann in Baden-Württemberg abgegeben hat, etwas genauer angeschaut und festgestellt, dass sich auch Winfried Kretschmann an Ihren Zahlenspielen eigenartigerweise nicht beteiligt. Er hat heute in seiner Regierungserklärung gesagt, dass er die Energiewende einleitet und dass er weg von Atom und von fossilen Energien hin zu sauberem Strom aus den unerschöpflichen Quellen Wind, Wasser, Sonne und Biomasse will. Das wollen wir auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiter sagte er, dass sich die grün-rote Landesregierung auf Bundesebene für einen beschleunigten Atomausstieg einsetzen werde. Auch das tun wir. Weiter sagte er, sein Ziel sei es, die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 zu einer zentralen Säule der Stromerzeugung zu machen. Deshalb sollten die Blockaden bei der Windkraft beseitigt werden und bis 2020 10 % des Stroms aus heimischer Windkraft kommen. Das lese ich auch im Konzept der Bayerischen Staatsregierung. Ein Datum für den Ausstieg aus der Kernenergie habe ich in der Regierungserklärung von Herrn Kretschmann nicht gefunden.

Auch letzte Woche konnte man lesen, dass sich Ministerpräsident Kretschmann dafür ausspricht, dass es beim Ausstieg aus der Kernenergie nicht dazu kommen dürfe, dass Atomstrom dauerhaft importiert werden müsse, dass alte Kohlemeiler die Versorgungssicherheit gewährleisten oder dass die Preise explodieren. Genau unter diesen Aspekten hat sich die CSU-Fraktion letzte Woche ein Energiekonzept verabschiedet.

(Christa Naaß (SPD): "Sich verabschiedet", das ist gut!)

Ein derartiges Konzept vermisse ich in den Reihen der Opposition bis heute. Herr Hartmann, Sie hätten sich letztlich die Arbeit an Ihrem Dringlichkeitsantrag sparen können. Vorschläge und Maßnahmen, die sinnvoll sind, finden Sie auch in unserem Fraktionskonzept. Sie sprechen - das habe ich letzte Woche gelesen - dem e-Bavaria-Programm der CSU-Fraktion die Energie ab. In Ihrem heutigen Dringlichkeitsantrag

steht aber auch viel über Energieautarkie, Energieeinsparung, Energieeffizienz bis hin zu erneuerbaren Energien, energetischer Infrastruktur etc. Es sind viele "E". Sie scheinen Ihr eigenes e-Bavaria-Programm entwickeln zu wollen. Wir stimmen aber lieber für das Original. Der Kollege Wörner hat das Urheberrecht heute schon mehrfach reklamiert. Das ist aber nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, dass wir endlich beim Umstieg bzw. beim Einstieg in die erneuerbaren Energien weiterkommen.

Dazu brauchen wir einen Umstiegskorridor, der realistisch ist. Wir müssen das Abschalten mit dem Zubau von Gaskraftwerken synchronisieren. Herr Kollege Hartmann, sie haben die Gaskraftwerke angesprochen und kritisiert, dass uns die Gaskraftwerke später beim Ausbau der erneuerbaren Energien wieder im Wege stehen. Zur Wahrheit gehört auch, dass das Thema Speicherung bisher massiv vernachlässigt wurde. Erst wenn wir den Durchbruch bei den Speichertechnologien erreicht haben, können wir zu hundert Prozent auf erneuerbare Energien umsteigen. In Anbetracht der Dimension und Komplexität dieses Projekts sollten wir uns in der Frage des Umstiegskorridors und in der Frage, wann welches Kernkraftwerk vom Netz gehen kann, nicht ausschließlich auf eine Diskussion über das Datum beschränken.

(Ludwig Wörner (SPD): Ja wunderbar!)

Wir sollten insbesondere den Weg und die Maßnahmen beschreiben. Selbst die Ethikkommission sagt - so habe ich gelesen -, dass ein Enddatum kontinuierlich überprüft werden müsse und dass die Auswirkungen im Hinblick auf den CO₂-Ausstoß, auf die Strompreise und auf die Stabilität des Netzes auch eine Rolle spielen müssen. Wir alle wissen, dass wir ein Zielbündel zu beachten haben. Neben dem Ende der Kernenergie gehören dazu auch die Versorgungssicherheit und die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Betriebe.

Hier unterscheiden wir uns von Ihnen, weil wir ökologische Verantwortung mit ökonomischer Vernunft in Einklang bringen wollen. Zur ökonomischen Vernunft gehört es selbstverständlich, den Investoren Planungssicherheit zu geben, wie auch Sie, Herr

Hartmann, es fordern. Zur ökonomischen Vernunft gehört am Ende selbstverständlich auch ein Datum. Das Datum 2022 schätzt die CSU zwar als sehr ambitioniert, aber doch als machbar ein.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Erlauben Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege?

Tobias Reiß (CSU): Nein, im Moment nicht.

Ich sehe die Aufgabe der Staatsregierung darin, beim Bund bayerische Interessen durchzusetzen. Selbstverständlich müssen wir beim EEG darauf achten, dass nicht Onshore-Wind gegenüber Offshore-Wind oder kleinere Biogasanlagen gegenüber größeren Biogasanlagen benachteiligt werden. Zu den bayerischen Interessen gehört es aber auch, den Bund bei der Finanzierung und Förderung in die Pflicht zu nehmen. Wir werden am Ende sicher auch bayerisches Geld in die Hand nehmen müssen. Jetzt geht es aber darum, auf Bundesebene für die erforderlichen Fördermittel zu sorgen. Das Energiekonzept der Staatsregierung enthält etliche haushaltsrelevante Vorschläge. Dazu hat der Herr Staatsminister beim vorherigen Dringlichkeitsantrag angekündigt, dass die haushaltsrelevanten Vorschläge am Schluss konkretisiert und in die Haushaltsberatungen eingebracht werden müssen.

Abschließend zum Thema Isar 1. Herr Kollege Hartmann, Sie wissen selbstverständlich, dass wir die Genehmigung von Isar 1 nicht von Bayern aus widerrufen können. Die sachliche Zuständigkeit hierfür liegt beim Bund. Sie wissen, dass es unser erklärter politischer Wille ist, Isar 1 nicht mehr ans Netz zu nehmen. Sie wissen aber auch, dass wir uns in erheblichem Umfang schadenersatzpflichtig machen würden, wenn wir auf Bundesebene die rechtlichen Voraussetzungen durch die Änderung des Atomgesetzes nicht schaffen würden. Deshalb ist es nicht möglich, dem Antrag zuzustimmen, weder in dem Teil, der namentlich abgestimmt werden soll, noch insgesamt. Auch den Antrag der SPD werden wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zu einer Zwischenintervention hat sich Herr Kollege Hartmann für die GRÜNEN gemeldet.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, stimmen Sie mir in folgendem Punkt zu: Sie sagten, man brauche vorübergehend Erdgaskraftwerke, was auch richtig ist. Man wird einige brauchen; die Frage ist nur, wie viele es sind. Die Aufgabe dieser Erdgaskraftwerke dürfte es aber nur sein, die Schwankungen der erneuerbaren Energien, auszugleichen. Dabei muss ich die Offshore-Windparks in Norddeutschland genauso wie die Windkraftanlagen in Niedersachsen und in Brandenburg einbeziehen. Oder sehen Sie es so, wie es im Kabinett beschlossen worden ist, dass die Erdgaskraftwerke das ausgleichen sollen, was wir in Bayern an erneuerbaren Energien nicht produzieren können?

Im zweiten Teil meiner Frage möchte ich nur noch ganz kurz auf Isar 1 eingehen. Ich verstehe es nicht ganz, wie Sie zu der Auffassung kommen, Minister Söder könne nichts machen. Wie kommen Sie darauf? Wenn jemand die gesetzliche Aufgabe hat, etwas zu kontrollieren, und er dabei feststellt, dass bestimmte Vorschriften nicht eingehalten werden, dass nicht richtig gearbeitet wird, dass also ein Sicherheitsrisiko besteht, dann dürfte er als Leiter der Atomaufsichtsbehörde nicht auf Berlin warten, sondern müsste selbst tätig werden. Natürlich kann der Betreiber dagegen klagen und den nächsten Schritt machen. Der erste Schritt wäre es aber, zu sagen, sicherheitsrelevante Vorschriften werden nicht mehr eingehalten, das Sicherheitsrisiko sei zu groß. Diese Wertung, diese Entscheidung muss die bayerische Atomaufsicht gemeinsam mit dem TÜV, der die Anlagen kontrolliert und überprüft, treffen. Dann müssen die Betreiber tätig werden. Wie erklären Sie es, dass man dabei immer nur auf Berlin verweist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Reiß zur Erwiderung bitte. - Zuvor darf ich aber die Kolleginnen und Kollegen noch bitten, Gespräche draußen zu führen.

Die Abstimmung geben wir dann laut genug bekannt, sodass Sie wieder hereinkommen können.

Tobias Reiß (CSU): Herr Kollege, die Gaskraftwerke werden zwei Funktionen erfüllen müssen: Zum einen müssen sie die Stromlücke schließen, die entsteht, wenn wir die Kernkraftwerke vom Netz nehmen. Sie müssen aber auch die Schwankungen aus der Windenergie und aus anderen Energiequellen ausgleichen, wobei ich dafür plädiere, dass wir eine für Bayern optimale Versorgungsstruktur schaffen. Sicher werden wir auch zu einem Teil auf Offshore-Windkraft angewiesen sein. Wir müssen aber aufpassen, dass wir aus dem Norden nicht nur die Spitzen und die Probleme importieren, sondern dass wir es schaffen, in Bayern ein System aufzubauen, das Bayern nicht vom Import von regenerativen Energien, aber vom Import von Atomstrom und von Strom aus alten Kohlemeilern unabhängig macht. Deshalb haben die Gaskraftwerke eine doppelte Funktion.

Unser Ziel muss es sein, möglichst viele einzelne, kleinere und dezentrale Anlagen zu schaffen, die auch zur Kraft-Wärme-Kopplung beisteuern können. Insgesamt ist es unser Ziel, über die Gaskraftwerke die Stromlücke zu schließen, wenn wir schneller aus der Kernenergie aussteigen.

Um die Genehmigung von Isar 1 widerrufen zu können, ist selbstverständlich erst die Änderung des Atomgesetzes erforderlich. Dazu brauchen wir jetzt eine Verständigung auf Bundesebene, die in zwei Wochen vorliegen wird.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dann wird sich auch zeigen, dass das, was wir hier politisch erklären, auch umgesetzt werden wird, dass nämlich Isar 1 dauerhaft vom Netz bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte wahren Sie die Stille, die jetzt herrscht, auch bei der nächsten Rednerin. Das ist Frau Kohlen für die

SPD. Wir haben noch vier Wortmeldungen mit je fünf Minuten, dann ein paar Abstimmungen, und dann haben wir es geschafft. Ich bitte Sie, die Gespräche hier im Saal zu reduzieren. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Reiß, Sie haben definitiv keine Antwort auf Herrn Hartmanns Frage gegeben. Es wird nicht funktionieren, dass sich Herr Söder immer auf Berlin rausredet. Herr Hartmann, vielleicht ist er ja noch nicht ganz vom Schoß der Atombose heruntergerutscht, vielleicht passiert noch irgendetwas.

Herr Reiß, Sie sagen, dass Sie hier nicht auf irgendwelche Zahlenspiele und Zahlenwettbewerbe eingehen wollen. Seien wir doch einmal ehrlich: Bei den Aussagen der politisch Verantwortlichen kommt man sich vor wie auf einem Basar der Jahreszahlen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich doch bis heute nicht darauf verständigen können, was Sie eigentlich wollen. Herr Zeil, vielleicht können Sie darauf nachher eine Antwort geben. Ich weiß aber nicht, wer bei Ihnen jeweils zuständig ist; denn auch die Energiekonzepte fliegen quer durch den Raum. Seit gestern gibt es aber das Konzept des Ministerrates "Energie innovativ". Herr Wörner hat so schön von einem "Plagiator" gesprochen. In diesem Fall begrüßen wir das. Zwar sind viele positive Ansätze drin, aber sie reichen bei Weitem noch nicht aus.

In dem Bericht aus der Kabinettsitzung lese ich, dass Herr Seehofer ankündigt, die Bayerische Staatsregierung werde noch im Juni einen bayerischen Energiegipfel einberufen, um die weitere Umsetzung des Energiekonzepts mit den betroffenen Beteiligten voranzutreiben. Herr Schmid, wer sind denn die "betroffenen Beteiligten"? Wie steht es denn mit der Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien? Nach Fukushima hat Ihr Ministerpräsident angekündigt, er wolle uns die Hand reichen und mit uns zusammenarbeiten. Wo ist denn das Gremium?

(Beifall bei der SPD - Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

- Herr Schmid, ich weiß, dass Sie jeden Tag miteinander reden, aber Sie kommen nicht in die Pötte. Wenn Sie im Juni einen Energiegipfel abhalten, könnten Sie vorher ein Gremium mit den Oppositionsparteien gründen. Wir haben Ihnen einen Ausschuss vorgeschlagen. Jetzt zeigen Sie mal, was Sie können. Es sieht so aus, als würden wir uns darauf einigen, aber jetzt kommen Sie doch mal in die Gänge!

(Georg Schmid (CSU): Kein Problem!)

Es passiert einfach nichts. Herr Schmid, vor dem Energiegipfel kommt das Gremium und wird tagen; darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Keine Frage!)

Lieber Herr Reiß, wenn Sie von der sogenannten ökonomischen Vernunft reden, frage ich mich, warum Sie unseren Antrag betreffend "Nachtragshaushalt für Energiewende" ablehnen wollen. Das ist ökonomische Vernunft.

(Beifall bei der SPD)

Sie können keine Energiewende ohne finanzielle Mittel betreiben. Es reicht nicht, wenn Herr Seehofer sagt, im Bundesetat sei alles drin. Wir reden über Bayern. Sie haben heute sehr oft von Kretschmann, Rot-Grün oder Grün-Rot gesprochen. Ich sage Ihnen eines: Kümmern Sie sich um Bayern. Ihr Minister Söder hat gesagt, er wolle schneller sein als Baden-Württemberg. Dann kommen Sie doch mal in die Gänge!

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu, der schon einige Ansatzpunkte für das Gremium enthält, wie immer es auch aussehen wird. Darunter sind viele gute Ansätze. Wir bedauern es sehr, dass Sie dem nicht zustimmen. Sie werden sich auch mit den

unangenehmen Dingen auseinandersetzen müssen, und die unangenehmen Dinge heißen "Endlager". Sie versuchen im Moment, Bayern von vornherein auszunehmen. Das wird nicht funktionieren. Bayern hat fünf Atomkraftwerke und hat eine Menge Atommüll produziert. Zwar will niemand ein Endlager bei sich haben, aber verschließen Sie sich nicht einer ergebnisoffenen Standortsuche in Deutschland. Nehmen Sie gefälligst nationale Verantwortung wahr, und dann werden wir sehen, was dabei herauskommt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dem Antrag der GRÜNEN in der geänderten Fassung zustimmen und danken für die Einigung.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ludwig Hartmann hat ausführlich dargestellt, was für eine Energiewende notwendig ist. Kollege Reiß, wir werden den Umweltminister hier nicht aus der Verantwortung entlassen. Er stand an diesem Pult und hat gesagt: Fukushima verändert alles. Wer davon spricht, dass sich die Sichtweise völlig verändert hat und Isar 1 nicht mehr ans Netz gehen wird, sollte heute auch den Mut haben, den schlaun Worten Taten folgen zu lassen und bei der namentlichen Abstimmung mit Ja stimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es geht nicht, hier Wasser zu predigen und Wein zu trinken.

(Alexander König (CSU): Man beachte die Rechtslage, Herr Kollege, das ist Zuständigkeit des Bundes, Atomgesetz!)

Sie verheddern sich in Zahlenspielen. Schauen wir doch einmal, welche Zahlenspiele im Kabinett durch die Gegend geisterten. Da will ein Ministerpräsident den Ausstieg zum Jahr 2020, eine Landtagsfraktion will das Jahr 2022, ein Wirtschaftsministerium will das Jahr 2025. So ist es bei Ihnen: Keiner weiß genau, was er will.

(Klaus Stöttner (CSU): Wissen die FREIEN WÄHLER, welches Jahr richtig ist?)

Wir sollten den Ausstieg nicht an einem Jahr festmachen, sondern sollten die Dinge in die Hand nehmen und so schnell wie möglich aussteigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dafür muss man Mittel in den Haushalt einstellen; dafür muss man Rechtslagen verändern; da muss man sich auf Bundesratsebene durchsetzen und sagen, was Fakt ist,

(Georg Schmid (CSU): Das haben wir auch beschlossen! - Alexander König

(CSU): Das wissen wir schon lange!)

anstatt sich hier herzustellen und zu sagen: Wir wollen eine Energiewende, wir wollen Zahlen. - Das Schlimmste ist, dass Sie die Laufzeiten ohne Not verlängert haben. Das wird man Ihnen immer vorhalten. Ich verspreche Ihnen heute schon, dass Ihnen das gnadenlos auf die Füße fallen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie Angst vor Klagen der Energieversorger aufgrund der Laufzeitverlängerung haben, ist das Ihr Problem. Hätten Sie doch damals die Laufzeit nicht verlängert! Wir wären im Jahr 2022 mit der Atomkraft am Ende gewesen, und wir wären im Jahr 2020 in Bayern aus der Atomkraft draußen gewesen. Sie aber haben die Laufzeit ohne Not verlängert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt wollen Sie in Gaskraftwerke einsteigen. Ich sage Ihnen heute schon voraus, dass das nur als Kompensationsgeschäft laufen wird; Ludwig Hartmann hat das schon vorhergesagt. Sie werden Großgaskraftwerke bauen, und die müssen laufen; denn sonst werden die Unternehmen die Investitionen nicht tätigen. Wir werden wieder eine Abhängigkeit von Monopolstrukturen bekommen, und die Planungszeiträume werden enorm lang sein. Das wird also nur laufen, wenn Sie ein Kompensationsgeschäft mit den großen Versorgern machen. Dazu sind wir nicht bereit. Wir wollen viele kleine, dezentrale Kraftwerke, wie es Ludwig Hartmann beschrieben hat. Das ist der richtige Weg, weil die kleinen, dezentralen Werke auch schnell vom Netz gehen können und wir zu 100 % auf erneuerbare Energien umsteigen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Klaus Stöttner (CSU): Das machen wir mit den kommunalen Kraftwerken!)

Wir werden der Formulierung unter dem ersten Spiegelstrich des Antrags der GRÜNEN natürlich zustimmen; wir wollen, dass Isar 1 durchgehend vom Netz bleibt.

Bei der Passage "Verantwortung für den Atommüll" sind wir anderer Meinung. Wir denken, dass das Endlager Gorleben am meisten erforscht ist und dass die Endlagerung dort sinnvoll ist. Das steht nun einmal so im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN drin. Wir konnten das in der Debatte auch nicht mehr ändern. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über den gesamten Antrag enthalten müssen, weil wir der Meinung sind, dass Gorleben das am besten erforschte Endlager ist und wir dort weitermachen sollten.

Dem Antrag der SPD auf Bereitstellung der finanziellen Mittel werden wir zustimmen. Auch wir haben bei den Haushaltsberatungen Anträge auf Mittel für die Energiewende eingebracht, die von der CSU und der FDP alle abgelehnt wurden. Daher werden wir dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die FDP-Fraktion darf ich nun Kollegen Tobias Thalhammer noch vorne bitten. Bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU und die FDP haben ihre Hausaufgaben gemacht.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Gestern wurde ein Energiekonzept für Bayern vorgelegt, das sich an der Realität orientiert. Wir sind damit deutschlandweit Wegbereiter.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

Uns war immer wichtig, dass wir uns bei der Energiepolitik nicht in Träumen verlieren, sondern uns an der Realität orientieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die entscheidende Frage bei der Energiewende ist nicht das Wann, sondern das Wie. Ich möchte Ihnen darlegen, wie wir sie schaffen wollen - frei nach dem Motto: Der Weg ist das Ziel.

Punkt 1, erneuerbare Energien stärken. Das ist gestern beschlossen worden.

Punkt 2, der Netzausbau. Die GRÜNEN fordern in ihrem Antrag den Ausstieg im Jahr 2017. Ich möchte darauf hinweisen, dass alleine der Bau einer 380-kV-Leitung eine Planungszeit von zehn Jahren beansprucht. Ja, das ist zu lange, ja, das müssen wir verändern. Ich weiß nicht, wie man überhaupt die Forderung nach einem Atomausstieg bis zum Jahr 2017 in den Raum stellen kann. Sie orientieren sich offenkundig an Träumen, nicht an der Realität.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Punkt 3, der Ausbau der Speicherkapazitäten. Ich erinnere an Riedl. Ja, wir brauchen Pumpspeicherkraftwerke. Wer sind die Ersten, die dagegen sind? - Die GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP)

Die GRÜNEN reden immer davon und schreien, sie wollen ein Pumpspeicherkataster, -kataster, -kataster.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Und wenn es zum Schwur kommt, sagen sie: Basta, basta, basta.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Politik der GRÜNEN.

Punkt 4, Energieeffizienz, Energie einsparen, Effizienz steigern. Die Kraft-Wärme-Kopplung hat einen sehr großen Stellenwert und hat im bayerischen Konzept sehr große Aufmerksamkeit bekommen.

Punkt 5, Gaskraftwerke. Ja, vielleicht sind Gaskraftwerke die wahre Brückentechnologie. Aber auch hier, liebe GRÜNE, sagen Sie, wunderbar, wir brauchen die Gaskraftwerke. Aber wenn es zum Schwur vor Ort kommt, wer ist an der Spitze der Bewegung dagegen? Die GRÜNEN.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Lüge! Das ist doch Lüge! Belegen Sie das, ich will Beispiele! Beispiele bitte, ich möchte Belege!)

- Ich lüge nicht, ich zitiere. Ich belege Ihnen das, liebe Kollegin Gote. An der Spitze der Bewegung gegen das Gaskraftwerk in Schwandorf war die grüne Stadträtin Juniec-Möller, die 2.435 Unterschriften übergeben hat.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie lügen!)

Die GRÜNEN sagen: Wir brauchen es eigentlich, und wenn es zum Schwur kommt, wer ist dagegen? Die GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Thomas Hacker (FDP): So ist es!)

Punkt 6, die Infrastruktur anpassen: Wir brauchen alternative Antriebskonzepte. Wir haben hierzu schon sehr viel im Landtag beschlossen.

Punkt 7, Forschung stärken - ja. In der Energiewende liegen auch für das Innovationsland Bayern große Chancen ökologischer wie auch ökonomischer Art.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schindler?

Tobias Thalhammer (FDP): Kollege Schindler, bitte.

Franz Schindler (SPD): Herr Kollege Thalhammer, nachdem Sie auch Schwandorfer Wurzeln haben, wie ich erfahren habe, frage ich Sie: Ist es Ihrer Aufmerksamkeit dennoch möglicherweise entgangen, dass der Widerstand gegen die Errichtung eines Gaskraftwerks in Schwandorf, den ich nicht unterstützt habe, ganz im Gegenteil, sich überwiegend, ja fast ausschließlich, auf den Standort dieses Gaskraftwerks bezogen hat, das relativ nah an der Bebauung errichtet werden sollte? Er hat sich nicht gegen die Ansiedlung eines Gaskraftwerks in Schwandorf generell gerichtet. Kann es sein, dass das Ihrer Aufmerksamkeit entgangen ist?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte schön, Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege Schindler, ich fühle mich geschmeichelt, dass Sie meinen Geburtsort recherchiert haben. Ja, es ist schön, in Schwandorf geboren zu sein.

Ich weiß nicht, wieso Sie sich jetzt angesprochen fühlen. Ich habe die GRÜNEN, aber nicht die SPD angesprochen.

Ich zitiere beispielsweise aus der "Mittelbayerischen Zeitung" vom 2. Juni 2009:

Zwei Bürgerentscheide im Doppelpack? ... Auch beim ... Kraftwerk erwiesen sich die Initiatoren von GRÜNEN, ÖDP, FREIEN WÄHLERN

- die wollte ich jetzt eigentlich schonen -

und Bund Naturschutz als fleißige Sammler. 2.435 Unterschriften überreichte GRÜNEN-Stadträtin Marion Juniec-Möller, die zusammen mit dem FREIEN-WÄHLER-Ortsvorsitzenden Werner Müller und dem ehemaligen ÖDP-Stadtrat Martin Brock ins Rathaus gekommen war, an den OB. Die Unterzeichner wenden sich gegen die geplante ... Investition für ein Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk im Stadtsüden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Klar, Sie wollen das nicht hören, Sie wollen die Realität nicht wahrhaben, und deswegen sagen Sie: Es reicht. Ich sollte einen Beleg bringen; ich habe einen Beleg gebracht. Ab und zu tut die Wahrheit halt weh, liebe Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, wir hätten noch eine Zwischenfrage.

Tobias Thalhammer (FDP): Nein, jetzt mag ich nicht mehr.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohlen (SPD))

Ich war bei Punkt 8, bei der europäischen Dimension. Auch diese gilt es zu betrachten. Immerhin müssen wir hier europaweit 143 Kernkraftwerke gleich sicher machen. Sie müssen einer gewissen gleichbleibenden Sicherheitsanforderung entsprechen. Heute ist es überhaupt erst gelungen, dass man sich europaweit auf die Stresstests einigen konnte.

Liebe Kollegen von den GRÜNEN, ich hoffe, ich habe Sie da nicht richtig verstanden. Aber Sie haben darauf hingewiesen, man dürfe Bayern nicht so alleine sehen; man müsse auch Strom nach Bayern importieren, von Nord nach Süd und von Ost nach West, hat der Kollege Hartmann gesagt. Wenn wir woanders Strom herbekommen, ja mei, dann ist es halt so. - Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie damit eindeutig gefordert, wir sollten in Bayern Atomstrom aus Temelin importieren. - Anders kann ich Sie nicht verstehen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Sie sagen ganz klar: Wir sollen in Bayern aussteigen, koste es was es wolle. Das ist eine ehrliche Meinung. Ich sage Ihnen aber auch: Wir wollen uns nicht von Stromlieferanten von Kernkraftwerken aus Tschechien oder von Kohlekraftwerken aus Polen, abhängig machen. Wir haben auch das Klima im Blick und wollen energieautark werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nur der Ideologie hinterherzuhetzen, um sagen zu können, man habe etwas gemacht, da machen wir in Bayern einfach nicht mit. Wir wollen Bayern autark machen, und deswegen brauchen wir auch einen vernünftigen Übergang ins Zeitalter der erneuerbaren Energien.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen, dass die erneuerbaren Energien vom Mitmachen der Menschen leben. Das gilt aus verschiedensten Gründen. Man muss aber mit den Bürgern auch ehrlich sein. Wenn wir in das Zeitalter der erneuerbaren Energien gehen wollen - ja, das möchte ich auch -, dann muss man auch klar, deutlich und ehrlich sagen, was das für jeden Einzelnen bedeutet, was das für die Industrie bedeutet, was das für Otto Normalverbraucher bedeutet und was es für einen Hartz-IV-Empfänger bedeutet.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir das denn wollen, dann machen wir es. Es gibt da diverse Herausforderungen. Die dezentrale Energieversorgung ist dadurch geprägt, dass man sieht, woher der Strom kommt. Wir müssen eben dafür werben, dass ein Windradl nicht als Schandfleck, sondern vielleicht als innovative Visitenkarte eines Orts eingestuft wird.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die Bürger müssen mitmachen, sie müssen einsparen, sie müssen sanieren. Das heißt aber auch, dass sie investieren müssen. Trotz aller Fördermaßnahmen und steuerlichen Erleichterungen, die wir begleitend schaffen müssen, heißt das auch, dass die Energiewende den Bürger etwas kosten wird. Das muss der Bürger wissen, wenn er bereit ist zu zahlen, ist das super - ich gehe diesen Weg gerne. Aber er muss es wissen.

Klar ist auch - das sagen Sie auch nicht so gerne, aber es ist nicht zu verheimlichen -: Natürlich wird die Energiewende auch etwas kosten. Je schneller wir aussteigen werden, desto teurer wird es. Wir sind verpflichtet, sie so zu organisieren, dass jeder sich die Energiewende leisten kann, der Bürger, aber auch die Industrie. Meine Damen und Herren, Sie können sich darauf verlassen, dass die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag einzig und alleine der Vernunft verpflichtet ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Ich darf erst alle Beteiligten auf die Notwendigkeit hinweisen, die Uhr im Blick zu halten. Abstimmungen können nur bis 19.30 Uhr durchgeführt werden. Wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Scharfenberg von den GRÜNEN. Bitte schön.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Thalhammer, vielleicht können Sie einmal ganz ehrlich argumentieren, anstatt die Bewegung in Schwandorf so holzschnittartig abzuqualifizieren. 2009 gab es einen Bürgerentscheid zum Gaskraftwerk in Schwandorf.

Herr Schindler hat Sie gerade darauf hingewiesen, das Gaskraftwerk sollte nahe an der Wohnbebauung liegen. Dazu sollten Sie etwas sagen.

Dazu haben Sie übrigens nichts gesagt. Als Alternative wurde ein regeneratives Kraftwerk genannt, was zu erbauen wäre. Auch dazu können Sie etwas sagen, wenn Sie wollen und etwas von der Sache verstehen; das wäre ja möglich. Ich möchte zu diesem Punkt, den Herr Schindler Ihnen genannt hat, und zu meinem Punkt eine Antwort von Ihnen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Thalhammer, bitte schön zur Antwort.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Kollegin, glauben Sie mir: Wenn man etwas finden will, um dagegen sein zu können, werden gerade die GRÜNEN ganz gewiss fündig.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dabei ist es völlig Wurst, was. Ob es in der Nähe der Bebauung liegt, ob es Kröten gibt oder sonst etwas. Die GRÜNEN finden immer was, und so ist es auch in Riedl.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): Deshalb heißen sie auch die "Dagegen-Partei"! - Zurufe von den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Wörner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Wörner hat das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Thalhammer, ich bin gespannt, wie Sie sich bei der namentlichen Abstimmung verhalten. Das ist der Kern der Geschichte. Vor nicht allzu langer Zeit haben Sie so getan, als würden Sie die Welt zerlegen, weil Sie Ohu 1 abschalten. Im Umweltausschuss war das anders. Wir haben Sie alle missverstanden. Das kann schon einmal sein. Erst kürzlich haben Sie im Rahmen einer Podiumsdis-

kussion gesagt: Ich würde ja, aber meine Partei mag nicht. Lassen Sie doch bitte einmal die Hosen runter und machen nicht nur die Stimme laut.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Kollege Thalhammer, ernsthaft: Hören Sie auf, vor den Menschen da draußen so zu tun, als würden Sie abschalten wollen. Wenn es um die Sicherheit Bayerns geht, ist dies eine Gewissensfrage. Stimmen Sie mit uns für die Abschaltung von Ohu 1.

(Zurufe von der CSU)

Ich bin gespannt, wie Sie sich jetzt verhalten.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwidern hat Herr Kollege Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Geschätzter Herr Kollege Wörner, zwar sind wir alle über 18, da es jedoch noch nicht 23.00 Uhr ist, werde ich die Hosen nicht runterlassen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es war unmissverständlich, dass sich die FDP-Fraktion gemeinsam mit der CSU-Fraktion für die Abschaltung von Isar 1 eingesetzt hat. Vielleicht finden Sie es blöd, dass Sie das nicht selber waren. Ihre SPD-Kollegen in München sind selber noch am Narkraftwerk beteiligt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte auf das Faktum hinweisen, dass Isar 1 vom Netz ist. Glauben Sie mir, Isar 1 wird auch vom Netz bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Runge das Wort. Je nachdem wie lange Sie und Herr Zeil reden, könnten wir sogar heute noch abstimmen.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss Sie gleich enttäuschen, da es sicher noch den einen oder anderen Redebedarf gibt. Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten Herrn Kollegen Thalhammer nicht mehr Ehre zukommen lassen, als er verdient hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war rührend, wie er versucht hat, sich an uns GRÜNEN abzuarbeiten. Herr Kollege Thalhammer, gerade wird eine wissenschaftliche Untersuchung über Widerstände vor Ort durchgeführt. Manchmal sind die GRÜNEN beteiligt; vor allem sind es aber Landräte, Bürgermeister und andere Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion. Ich möchte gar nicht darüber richten, da man jeden Einzelfall prüfen muss. Wie war das genau mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger? War es transparent? Ihre Leute sind vor Ort nicht beteiligt, da es sie gar nicht gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, der Weg sei das Ziel. Dazu ist mir sofort ein schöner Spruch des allgegenwärtigen Politikberaters im Fernsehen, Herrn Spreng, eingefallen. Zum Thema Energiewende und Atomausstieg hat er gesagt: Ja, ja die Brücke. Man hatte immer den Eindruck, nicht das andere Ufer sei das Ziel, sondern die Brücke an sich.

Anhand Ihrer Verlautbarungen lässt sich auch dieser Eindruck nicht zerstreuen. Herr Thalhammer, es ist interessant, dass ausgerechnet Sie als FDPler sich für Hartz IV-Empfänger stark machen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sehen Sie mal, Herr Runge!)

Genug der Ehre, die wir Ihnen antun. Sie sagen, die Energiewende koste viel. Selbstverständlich kostet die Energiewende viel Geld. Wir haben heute lesen dürfen, dass es zwei Bad Banks gibt. Die Steuerzahler müssen die Kosten für zwei Bad Banks tragen. Allein die ersten drei Monate für die erste Bad Bank haben den Steuerzahler in Deutschland insgesamt 3 Milliarden Euro gekostet. Ihre Abwrackprämie hat 4 Milliarden Euro gekostet.

(Tobias Thalhammer (FDP): Unsere Abwrackprämie?)

- Ja gut, das war der Vorgänger in der Bundesregierung.

Die beiden Bad Banks sind im Feuer mit mehreren 100 Milliarden Euro. Herr Thalhammer, es geht ums Geld. Sie wissen, was die tollen "Euro-Rettungspakete" den deutschen Steuerzahlen kosten können.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Nein, wir tauschen uns danach aus.

Jetzt wird es wirklich ernst. Ich bin traurig, weil Herr Kollege Reiß es eigentlich besser weiß. Sie haben diese Daten doch immer reingeworfen. Ich erinnere mich noch ganz genau an die Äußerungen von Herrn Seehofer und Herrn Söder Anfang Mai: Fix bis spätestens 2020. Herrn Söder kann ich Ihnen noch aus dem Kopf zitieren. Herr Söder hat gesagt: "Das ist ein ambitioniertes Datum, jedoch ist es zu schaffen. Wenn wir es nicht schaffen, verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit". Schließlich musste er einknicken, weil der CSU-Vorstand etwas anderes wollte.

Gestern gab es dieses unsägliche Gezerre. Ihr Minister hat völlig zu Recht gesagt, wir benötigten ein fixes Datum. Warum brauchen wir ein fixes Datum? - Wir brauchen Planung- und Investitionssicherheit. In der gleichen Verlautbarung hat er gesagt, das Land, das als Erstes aussteige, werde der Gewinner sein. Schließlich folgten Stichworte wie Standortfaktor, Wettbewerbsfähigkeit und vieles mehr. Herr Dr. Weiß, genau das zerstören Sie wieder. Herr Minister, wir sind fleißig und haben uns ihr achtzigseiti-

ges Papier durchgelesen. Anhand des Inhaltsverzeichnisses gewinnt man den Eindruck, dass sich auf Seite 75 ein Zeitplan befindet. Nach längerem Durchblättern ist nicht ersichtlich, wann welche Maßnahme ergriffen werden soll. Der gesamte Zeitkorridor von 2011 bis 2021 wurde einfach leer gelassen. Warum? - Sie wollen eigentlich gar keine Energiewende. Sie wollen keinen Atomausstieg. Letzten Endes wollen Sie alle bedienen und alle beglücken.

Sie sehen mich so treuherzig an. Ich wende mich Ihrem Minister zu. Das Gezerre, das wir erlebt haben, war unwürdig. Im Grunde ist die Regierung gescheitert. Kolleginnen und Kollegen, für Bayern sollten Sie diese Koalition so schnell wie möglich beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Zeil, wenn Sie sich für die bayerische Wirtschaft einsetzen oder vorgeben, sich für diese einzusetzen, wäre das in Ordnung. Jedoch müssen wir lesen: "Der Atomausstieg und die Energiewende dürfen nicht auf Kosten unserer Lebensqualität gehen". Vor dem Hintergrund dessen, was wir immer wieder aus Fukushima erfahren, ist das schlicht und ergreifend unfassbar und unanständig. Gestern kam endlich das Eingeständnis, dass Kernschmelzen in drei Reaktorblöcken stattgefunden haben. Hunderttausende Menschen verlieren endgültig ihre Heimat. Sie verlieren ihr Hab und Gut.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Tausende von Hektar werden auf Jahrzehnte unbewohnbar sein. Für Tausende von Menschen besteht Gefahr für Leib und Leben. Vor diesem Hintergrund bringen Sie derartige Sprüche: Eine Energiewende dürfe nicht auf Kosten der Lebensqualität gehen.

Herr Minister, ich möchte noch einen letzten Gedanken äußern. Lesen Sie noch einmal nach, was Ihr Kollege Söder Anfang Mai geschrieben hat. Welche Chancen gibt es für eine schnelle Energiewende? Was ist gut für zukunftsfähige Arbeitsplätze? Han-

deln Sie entsprechend, statt immer weiter zu blockieren. Sie hoffen wahrscheinlich, die Stimmen derjenigen abzugreifen, die von dem Wechsel, den Wechselspielen der CSU irritiert sind. Wir wollen statt Sprüchen endlich Taten sehen. Frau Kollegin Kohlen hat es bereits gesagt: Plagiate sind ausdrücklich erwünscht. Es reicht jedoch nicht, wenn Sie Maßnahmen skizzieren. Wir wollen Fahrpläne. Wir wollen, dass diese Maßnahmen endlich ergriffen werden. Wir wollen nicht, dass diese Maßnahmen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden. Das haben Sie vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Dr. Runge, einen Moment bitte. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Karsten Klein.

Karsten Klein (FDP): Herr Dr. Runge, es ist nett, viele Empfehlungen auszusprechen und nette Informationen zu verbreiten. Wie handeln die GRÜNEN, wenn sie am Zuge sind? Hierzu habe ich zwei Fragen. Erstens: Wann werden die GRÜNEN dafür sorgen, dass München aus der Atomkraft aussteigt?

(Beifall bei der FDP)

Zweitens: Wann wird Ihr grüner Ministerpräsident und Großaktionär von EnBW in Baden-Württemberg die Atomkraftwerke abstellen?

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Dr. Runge, zur Erwiderung haben Sie das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Klein - -

(Thomas Mütze (GRÜNE): 100 Tage sollte man Zeit lassen! - Das ist eine Unverschämtheit! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

- Das ist keine Unverschämtheit. Herr Kollege Klein kann alles fragen.

Sie wissen, wie das Geschenk "Beteiligung an der EnBW" zustande gekommen ist. Ich empfehle Ihnen aber, den Kollegen Kretschmann selbst zu fragen, weil solche Programme ausgearbeitet werden. Sie werden Ihnen dann sicherlich innerhalb der vom Kollegen Mütze genannten 100 Tagen kommuniziert werden.

Wir haben die Beteiligung Münchens am Atomkraftwerk Isar sogar schon im Bayerischen Fernsehen kritisch angesprochen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es gibt einen Ausstiegsbeschluss, es gibt aber auch eine Bayerische Haushaltsordnung und ein bayerisches Haushaltsrecht. Das heißt, die Anteile können weder verschenkt noch weit unter Preis verkauft werden. Sie als Haushälter sollten sich etwas besser im bayerischen Haushaltsrecht auskennen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Leider haben Sie nur die beiden kleinen Fragen gestellt. Wir können uns aber später noch unterhalten.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Wie viele Kollegen bereits festgestellt haben, ist es mittlerweile 19.31 Uhr. Ich teile Ihnen deshalb mit, dass viele Fraktionen und Wirtschaftsminister Zeil noch viel Redezeit haben, aber leider ist es nicht möglich, über den jetzigen Antrag abzustimmen. Sie können die Debatte aber fortsetzen. Als nächster Redner hat Wirtschaftsminister Zeil das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem eine namentliche Abstimmung über den Antrag nicht mehr möglich ist, darf ich in einiger Kürze, aber doch deutlich zu dem Antrag Stellung nehmen; denn er wird den parlamentarischen Weg gehen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Bayerische Staatsregierung hat gestern ein Energiekonzept beschlossen, das für Deutschland wegweisend ist. Bayern ist das erste Bundesland, das einen in sich geschlossenen Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien weist.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Dort, wo Sie Verantwortung tragen, können Sie aufholen.

Wir haben mit unserem realistischen Weg in die erneuerbaren Energien, für neue Gaskraftwerke, wenn zusätzliche Kapazitäten gebraucht werden, und für den Netzausbau ein Versäumnis aufgearbeitet, das Rot-Grün mit ihrem Ausstieg verschwiegen und nicht bearbeitet hat,

(Beifall bei der FDP und der CSU)

nämlich die Frage, wie die Integration der erneuerbaren Energien und die Netze beschleunigt und ausgebaut werden können. Deswegen brauchen wir Ihre Anträge nicht. Wir sind Vorreiter beim Energieumstieg und werden das auch bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir haben uns sehr ambitionierte Ziele gesetzt. Wir wollen den Ausstieg aus der Kernenergie so schnell wie möglich, aber nicht schneller als möglich erreichen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ihre Unruhe zeigt, dass Sie an der gesamten Debatte, die wir in der Koalition geführt haben, nicht beteiligt waren. Von Ihnen hat man nichts gehört.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie waren gar nicht in der Lage, konzeptionell mitzuarbeiten. Diese Arbeit hat die Koalition alleine geleistet. Sie wird die Energiewende damit schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Bayern wird auf diesem Gebiet technologischer Trendsetter bleiben. Wir wollen das Land mit der höchsten Energieeffizienz und der umweltfreundlichsten Energieversorgung sein. Wir haben den Pfad aufgezeichnet, 50 Prozent des bayerischen Stromverbrauchs mit erneuerbaren Energien zu decken. Dazu bedarf es noch erheblicher Anstrengungen beim Netzausbau, beim Neubau von Anlagen, bei der Entwicklung von Speichertechnologien, und vor allem - hier bin ich den Koalitionsfraktionen für ihre Ausführungen sehr dankbar - müssen wir gemeinsam für einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung kämpfen, damit sie alle Teile dieses Umstiegs mitträgt und alle damit verbundenen Konsequenzen akzeptiert.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Sonnenholzner?

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Selbstverständlich.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Sonnenholzner, bitte.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Staatsminister, als Ärztin frage ich in dem Fall mich und nicht Sie, ob ich mir über Ihren Gesundheitszustand und Ihre Wahrnehmungsfähigkeit Gedanken machen muss.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich frage Sie als Staatsminister, ob Sie ernsthaft die Behauptung aufrechterhalten, dass die Oppositionsparteien geschlafen hätten, während Sie den Ausstieg aus der Atomkraft vorwärtsgebracht haben. Seit 1986 kämpfen wir dafür, und Sie sind bis

heute dazu nicht bereit und in der Lage. Trotzdem erzählen Sie uns, dass Sie der Vorreiter in Sachen Atomausstieg seien. Das wollen Sie doch nicht ernsthaft behaupten!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, zur Erwiderung, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Kollegin, ich habe davon gesprochen, dass wir beim Umstieg in eine Versorgung, die auf erneuerbaren Energien und auf Gaskraftwerken beruht, Vorreiter sein wollen. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir uns nicht ausschließlich mit der Frage von irgendwelchen Enddaten beschäftigt. Kollege Reiß hat zu Recht darauf hingewiesen, dass man die Debatte nicht auf diesen Punkt verkürzen darf. Sie haben lediglich Ihren alten Atomausstieg vor sich hergetragen,

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Was machen Sie denn? - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

ohne auf die wesentlichen Fragen, die für dieses Land als Industrieland entscheidend sind, irgendeine Antwort zu geben.

(Beifall bei der FDP)

Das unterscheidet uns, Frau Sonnenholzner.

(Beifall bei der FDP)

Machen Sie sich keine Sorgen um meinen Gesundheitszustand. Sie sehen mich in voller Kampfeskraft. Das gilt insbesondere auch in meiner Verantwortung als Energieminister.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen an den ehrgeizigen Umweltschutzziele festhalten. Wir wollen davon nicht abweichen. Deswegen muss der Weg

aufgezeigt werden, wie wir das mit einem Energiemix ohne Kernenergie schaffen können. Und, meine Damen und Herren, es geht entgegen dem, was Kollege Hartmann eingeführt hat, darum, dass wir Gaskraftwerke brauchen. Sie stellen gesicherte, jederzeit verfügbare Leistung bereit. Wir werden auch hier enorme Anstrengungen brauchen, um die Kapazitäten, die durch die Kernkraft wegfallen, ersetzen zu können.

Ein Wort zum Stromimport. Ich habe nie gesagt, wir würden nicht auf den Stromverbund innerhalb Deutschlands setzen, wenn mit Unterstützung der GRÜNEN endlich der zu beschleunigende Netzausbau der Hochspannungsleitungen von der Nordsee nach Süddeutschland steht. Ich bin auf Ihre Unterstützung gespannt.

In der deutschen und bayerischen Binnendiskussion müssen wir wegen des Stromimports sicherstellen, dass wir uns keinen schlanken Fuß machen und nicht auf den europäischen Stromverbund zurückgreifen. Der Strom käme sonst aus tschechischen und französischen Kernkraftwerken oder aus polnischen und belgischen Kohlekraftwerken und wäre wohl der ethische Strom. Der eigene Strom aus geeigneten Kernkraftwerken wäre plötzlich unethisch. Diesem Thema kann man sich so nicht stellen, sondern man muss wirklich sagen, dass wir eine Energieversorgung auf die Beine stellen, die uns nicht in Abhängigkeit zu Technologien führen, die wir im eigenen Land ablehnen. Das muss geleistet werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen auch sehen, dass wir in einem Industrieland die Versorgungssicherheit zu jeder Zeit und zu jeder Stunde sicherstellen müssen. Die Versorgung muss auch im Winter zu Spitzenzeiten, bei der Jahreshöchstlast, gesichert sein, wenn der Wind aus Norddeutschland nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren, Sie sagen, wir müssten für bayerische Interessen kämpfen. Wir haben es bei der Wirtschaftskrise gesehen; das bayerische Interesse ist, dass wir in einem starken Industriestandort leben. Hunderttausende, ja Millionen Arbeitsplätze hängen von dem Industriestandort ab. Deshalb muss gewährleistet sein, dass Bayern

ein starker Industriestandort bleibt und es nicht zu Standortverlagerungen der stromintensiven Industrie kommt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Auf dem Weg zum Ausstieg und zur Festsetzung eines endgültigen Datums müssen wir deshalb eine Reihe von wichtigen Fragen beantworten. Es geht darum, wie sich der Ausstiegspfad gestaltet. Es geht darum, wie die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes aussieht, wie die Energiewende finanziert werden kann. All diese Fragen müssen erst einmal beantwortet werden, bevor wir ein endgültiges Datum festlegen können. Sie schreiben in dem Antrag als Datum das Jahr 2017. Ich bin wirklich sehr gespannt, wie das weitergeht. Sie sind schon einmal willkürlich von Ihrem ursprünglichen rot-grünen Ausstieg abgerückt. Offensichtlich gehen die Zahlen bei Ihnen durcheinander. Die Nagelprobe wird sein, und darauf hat Herr Kollege Klein bereits hingewiesen, wie Sie sich dort festlegen, wo Sie entscheiden können, beispielsweise in Baden-Württemberg. Ich bin schon sehr gespannt, welches Datum Sie dort festlegen werden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie sagen immer, wir würden nur reden und nichts machen. Wir haben ein Konzept vorgelegt. Das hat Baden-Württemberg noch nicht getan, auch nicht in der heutigen Regierungserklärung. Dort können Sie sofort abschalten, wenn Sie dem, was Sie uns hier erzählen, wirklich folgen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Ich darf noch einmal auf die Rechtslage hinweisen. Auch im Hinblick darauf ist Ihr Antrag nicht zustimmungsfähig. Die bayerische Regierungskoalition hat gestern hinsichtlich des Energiekonzepts noch einmal festgestellt, dass wir die Grundlagen dafür schaffen wollen und auch werden - und dafür werden wir uns auch im Bund einsetzen -, dass Isar 1 nicht zurück ans Netz kommt. Dafür müssen aber erst die Grundlagen

geschaffen werden, und die können wir nicht durch einen rechtswidrigen Beschluss herbeischaffen. Die Voraussetzungen müssen auf Bundesebene durch eine Änderung des Atomgesetzes geschaffen werden. Dafür setzen wir uns ein, und wir laden Sie herzlich ein, daran mitzuwirken, anstatt hier gescheit daherzureden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Lieber gescheit daherreden als so ein Schmarrn!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch noch etwas zur Frage der Endlagerung sagen. Wir legen großen Wert darauf, dass Gorleben als Standort für ein mögliches Endlager weiter erkundet wird, damit eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann. Ich sage aber auch, selbstverständlich werden alle Bundesländer, auch Bayern, sich an einer bundesweiten Studie über alternative Endlagerstandorte und Technologien zu beteiligen haben. Das gebietet die Solidarität der Bundesländer untereinander.

(Beifall bei der FDP - Lachen des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Meine Damen und Herren, es gibt Untersuchungen, die klar aufzeigen, was aufgrund objektiver Gesichtspunkte nicht geht. Wir unterziehen uns aber gern einer erneuten Untersuchung.

(Beifall bei der FDP)

Die Bayerische Staatsregierung hat ihr Konzept vorgelegt. Es wird jetzt rasch im Bund zu entscheiden sein, wenn die Rahmenbedingungen feststehen, wie der Ausstiegspfad gestaltet wird. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir zu einem Ergebnis kommen werden, das den Interessen des Freistaats Bayern, den Interessen eines Industrielandes Bayern - ich wiederhole das -, aber auch eines Innovationslandes Rechnung trägt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir zu einem guten Ergebnis kommen. Wir lassen uns dabei durch kleinliche Debatten, die Sie uns unterschieben wollen, nicht beirren. Im

Gegensatz zu Ihnen haben wir eine Vision, wo wir hin wollen. Wir werden in der Verantwortung für unser Land handeln.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bleiben Sie bitte am Redepult, Herr Staatsminister, es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Runge. Und jetzt sehe ich gerade noch eine weitere, die im Anschluss daran zu behandeln ist. Bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Minister, wir gönnen Ihnen gerne Ihre Visionen, wo Sie hin wollen, ich denke aber, die Wählerinnen und Wähler werden das anders entscheiden, wo Sie hin sollen.

(Zurufe von der CSU und der FDP: Abwarten, abwarten!)

Ich knüpfe an die Zwischenfrage von Frau Kollegin Sonnenholzner und Ihre Antwort darauf an. Ich habe die starke Vermutung, dass die volle Kampfeskraft, die Sie sich gerade bescheinigt haben, ein Ergebnis der Ansage des Ministerpräsidenten ist: Wir brauchen Dynamiker und keine Schlafmützen.

(Thomas Hacker (FDP): Ach, Herr Runge! Das haben Sie schon vor zwei Wochen unterzubringen versucht! Wo bleiben die Innovationen?)

- Ich habe das nicht gesagt, das hat Herr Seehofer gesagt. Das heißt, Sie haben es genauso interpretiert, wie auch wir das interpretiert haben, Herr Hacker.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich erlaube mir, Sie in zwei Punkten zu korrigieren. Erstens hat Herr Kollege Hartmann in seinem Redebeitrag völlig richtig ausgeführt, dass Sie in der heutigen Presseerklärung zur gestrigen Kabinettsitzung wortwörtlich zitiert werden mit den Worten: "Bayern muss seinen Strombedarf auch künftig aus eigener Erzeugung decken können und darf nicht auf Stromimporte angewiesen sein."

Wenn Sie tatsächlich so vorgehen würden, dann wäre das schlicht und einfach fatal. Wenn Sie massiv auf Gas setzen, auch wenn es Gasdampfkraftwerke sind, und das sehr schnell mit erneuerbaren Energien ersetzen wollen, dann würde das keinen Sinn machen. An dieser Stelle machen Importe aus anderen Teilen Deutschlands aber sehr wohl Sinn.

Der zweite Punkt. Sie, Herr Minister, haben tatsächlich behauptet, Rot-Grün hätte beim Atomausstieg die Energiewende und den Einstieg in die erneuerbaren Energien versäumt. Wie passt das mit folgender Tatsache zusammen? 2001 Beschluss Atomausstieg, Beschluss der Energiewende. Damals ist man in den Prognosen und Annahmen davon ausgegangen, dass wir im Jahr 2010 etwa 10 % unseres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken würden. Leute Ihrer Fakultät haben dies vehement bestritten und behauptet, dass sei völlig utopisch. Tatsächlich waren wir im Jahr 2010 schon bei 17 %.

(Ingrid Heckner (CSU): Ist das eine Rede oder was ist das eigentlich?)

Wo hat hier Rot-Grün etwas verschlafen? - Schlafen und bremsen, das tun doch Sie!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, zur Erwiderung, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Dr. Runge, erstens zum Thema Energieautarkie. Ich darf Ihnen mal Ihren eigenen Antrag vorlesen. Da heißt es, und das hätten wir jetzt beschließen sollen: "Der Landtag stellt fest: Grundsätzlich ist es sinnvoll, wenn die Energieversorgung zu einem großen Teil auf der Basis von heimischen Energiequellen basiert." Sie sprechen das Thema Energieautarkie also selbst an.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) - Unruhe bei den GRÜNEN)

Sie wollen es nicht verstehen. Ich habe doch darauf hingewiesen, wenn wir Rot-Grün folgen würden, auch dem Ausstiegspfad, dann würde das bedeuten,

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

dass wir unter den Bedingungen eines europäischen Stromverbundes von nach Ihrer Meinung ethisch hochwertigem Kernkraftstrom aus dem Ausland abhängig sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss sagen, das ist eine unehrliche Diskussion. Wir werden Sie stellen. Auch die neue Landesregierung in Baden-Württemberg wird gestellt werden, denn dort stellt sich das Thema mit Frankreich.

(Lachen der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Wir werden die Debatte dann vor der Bevölkerung führen, wenn Sie sagen: Wir haben ein reines grünes Gewissen, aber woher der Strom aus dem Ausland kommt, das wollen wir so genau nicht wissen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das werden Ihnen nicht durchgehen lassen! Meine Damen und Herren, Sie sagten, ich hätte gesagt, es sei nichts gewesen mit dem rot-grünen Ausstieg aus der Atomenergie und dem Einstieg in die erneuerbaren Energien. Das habe ich nicht gesagt. Sie haben sich aber seinerzeit um zwei wesentliche Fragen herumgemogelt. Sie haben das Thema Endlager sträflich vernachlässigt. Sie haben den Erkundungsstopp für Gorleben erlassen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Sie haben beim Thema Endlagerung die Augen zugemacht und die Bevölkerung hinter Licht geführt. Sie haben schlicht nichts getan.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Minister. Für die nächste Zwischenbemerkung, erteile ich - -

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich bin noch nicht fertig.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ja, doch, durch Ablauf der Redezeit schon. Aber du kriegst Verlängerung.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich war so schön in Fahrt, aber gut. Vielleicht gibt es noch eine Gelegenheit.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Es gibt noch eine Zugabe durch den Kollegen Wörner.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Das ist doch schön. Auf den ist Verlass.

Ludwig Wörner (SPD): So, Herr Minister, jetzt nehmen wir den Schaum wieder vom Mund, dann geht das alles viel besser.

Herr Minister, Sie sagten "beteiligen". Die SPD wollte einmal einen Ausschuss, damit das Parlament und die Parlamentarier nicht danebenstehen und zuschauen, was Sie in der Regierung so treiben, sondern Ihrer ureigenen Aufgabe gerecht werden, zu gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass das jetzt eine Kommission werden soll, war offensichtlich auch eine Entscheidung, die in Ihrer Koalition gefallen ist.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wer sagt denn so etwas? Quellenangabe!)

Ich weiß nicht, wie die FDP im Einzelnen dazu gestanden wäre. Das wäre einmal interessant zu hören. Aber dass jetzt durch das Verhalten des kleinen Partners auch die

Kommission wieder verzögert werden soll, so nach dem Motto, die machen wir erst, wenn alles erledigt ist, das ist eine Kastration des Parlaments.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dazu müssen sich aber Parlamentarier äußern. Ich bin verwundert, dass sich diese Seite dazu so ruhig verhält und so tut, als bräuchten sie das alles nicht.

Das Zweite, was mich noch viel mehr umtreibt, ist Ihre letzte Äußerung in Ihrer Rede. Habe ich es richtig verstanden, dass Sie gesagt haben: Wenn Gorleben das nicht bringt, was man erwartet, was wir sogar stark vermuten, sind Sie dafür, dass auch in Bayern vorurteilsfrei neu gesucht wird wie in allen anderen Bundesländern. Habe ich Sie da richtig verstanden? Das will ich nur wissen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, bitte. Sie haben zwei Minuten.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Wörner, mein Respekt vor dem Parlament verbietet es mir, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob jetzt ein Ausschuss oder eine Kommission besser gewesen wäre. Das ist Sache der Fraktionen. Ich habe einen hohen Respekt vor den Ausschüssen, die wir auf diesem Gebiet zuständigkeithalber bereits haben. Da sitzen auch von Ihrer Fraktion wie von allen anderen Fraktionen exzellente Fachleute, die an dem Thema mitarbeiten. Also, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, es steht einem Mitglied der Staatsregierung nicht zu, darüber ein Urteil zu fällen. Das muss das Parlament entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das Zweite ist: Ich habe ganz klar gesagt, dass es vorrangige Aufgabe für alle politisch Verantwortlichen in Deutschland ist, die Endlagerfrage endlich auch einer Lösung zuzuführen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Seit wann?)

- Wir haben Ihretwegen fast zehn Jahre unterbrechen müssen,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

weil Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden sind.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Machen Sie es doch besser!)

Dieser Verantwortung müssen wir uns alle stellen. Da bringt auch Ihre Lautstärke nichts. Wie gesagt, Sie haben sich der Aufgabe damals nicht gestellt. Wir stellen uns ihr.

Dazu gehört, Herr Kollege Wörner, dass wir auf der einen Seite dieses Erkundungsverfahren zu Ende führen. Es gehört aber auch dazu - das hat zum Beispiel meine Partei auf ihrem Bundesparteitag beschlossen -, dass wir ein objektives Verfahren, und zwar über alle Bundesländer hinweg, einleiten, in dem Alternativen geprüft werden, insbesondere bei der Frage, was zum Beispiel das Thema technologisch rückholbare Endlagerung angeht. Bei dieser objektiven Untersuchung kann sich kein Bundesland ausschließen, das gebietet die Solidarität der Bundesländer untereinander.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Weiß das Herr Seehofer schon?)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Minister. Weitere Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor.

Da wir schon festgestellt haben, dass es kurz nach 19.30 Uhr ist, können wir die Abstimmung nicht mehr durchführen. Es ist angezeigt worden, diesen Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Die anderen elf Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/8753 mit 16/8760 und 16/8772 mit 16/8774 werden ebenfalls in die in der Liste ausgedruckten Ausschüsse überwiesen. Bezüglich der beiden Anträge zum Thema Euratom ist der Umweltaus-

schluss federführend. - Auch hier ergibt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen und die Anträge sind an die federführenden Ausschüsse verwiesen.

Abschließend noch eine kurze Bemerkung: Sollten wir nicht doch einmal überprüfen, mit welchem parlamentarischen Stil wir hier im Haus miteinander umgehen? Im Nachklapp zu der Debatte bin ich nicht eingeschritten. Aber ich fand zumindest eine Bemerkung etwas fragwürdig.

Jetzt wünsche ich uns eine schöne Abendveranstaltung im Saal mit den Behinderten und einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19.55 Uhr)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner,
Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 16/8771

Nachtragshaushalt für Energiewende

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Paul Wengert**
Mitberichterstatter: **Tobias Reiß**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 50. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 127. Sitzung am 29. Juni 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 50. Sitzung am 6. Juli 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/8771, 16/9212

Nachtragshaushalt für Energiewende

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Tobias Reiß

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Karsten Klein

Staatsminister Martin Zeil

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Martin Runge

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)

Nachtragshaushalt für Energiewende (Drs. 16/8771)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Für die Begründung des Antrags darf ich dem Kollegen Ludwig Wörner für die SPD-Fraktion das Wort geben.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute in großer Eintracht die Energiekommission eingesetzt, die alle Anträge, die mit Energie zu tun haben, beraten und ihnen zum Erfolg verhelfen soll. Wie heißt es aber so schön? Ohne Moos nix los! Meine Damen und Herren, wer nicht mit einem Nachtragshaushalt Geld bereitstellt oder bereitstellen will, muss sich die Frage stellen lassen, wie es dann gehen soll. Ich weise darauf hin, dass wir Energieberater brauchen werden, für die derzeit keine Haushaltsmittel außer Bundesmitteln vorhanden sind. Die Bundesmittel sind aber relativ rasch ausgeschöpft. Wir werden für die Energieagentur nicht nur ehrenamtliche Mitarbeiter brauchen, sondern auch Geld, und wir müssen schleunigst die Haushaltsmittel für die energetische Sanierung aufstocken. Hier brauchen wir nicht nur Geld für die Staatsbauten. Wenn wir wollen, dass die Hausbesitzer mithalten können und die Mieten nicht ins Unendliche steigen, sodass wir sie dann mit Mitteln sozial abfedern müssen, müssen wir investieren. Dazu müsste der Staat zinsvergünstigte Darlehen und Kredite bzw. auch Mittel bereitstellen. Deswegen fordern wir einen Nachtragshaushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wollen Sie denn nach außen das verkaufen, was wir gemeinsam alles vorhaben, wenn Ihnen die Frage gestellt wird, wer es bezahlt? Darauf müssen Sie schweigen, weil die Finanzierung nicht geklärt ist, es sei denn, wir verständigen uns heute darauf, dass wir einen Nachtragshaushalt beschließen. Über die Details und Einzelheiten können wir sowieso erst nach den Ferien reden. Dann

wären wir aber endlich einen Schritt weiter. Das wäre erst nur eine Willenserklärung. Wir wollen gemeinsam einen Nachtragshaushalt, um sicherzustellen, dass das, was wir vorhaben, rasch und zügig vorangetrieben werden kann. Angesichts dieser Sachlage könnte ich es nicht verstehen, wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen können. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Es sind noch zwei Minuten auf der Uhr für die SPD übrig. Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Tobias Reiß das Wort.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind uns darin einig, dass wir für den schnelleren Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung auch bayerisches Geld einsetzen müssen. Wir haben jetzt aber Sommerpause, sodass es aus zeitlichen Gründen schon keinen Sinn macht, mit heißer Nadel einen Nachtragshaushalt 2011 zu stricken. Bis wir mit den parlamentarischen Beratungen fertig wären, wäre das Jahr vorbei.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Herr Kollege Wörner, wir sagen aber selbstverständlich Ja zu zusätzlichen Haushaltsmitteln für den Umstieg auf erneuerbare Energien in einem Nachtragshaushalt 2012. Das Energiekonzept der Staatsregierung oder auch das Konzept der CSU-Fraktion enthält diese von Ihnen gewollte Willenserklärung. Diese Konzepte enthalten etliche haushaltsrelevante Vorschläge, die selbstverständlich in die Beratungen dieses Nachtragshaushalts einfließen müssen.

Eine auf erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung in Bayern braucht ein aktives Zusammenwirken von Bürgern, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und bayerischer Politik. Das erfordert selbstverständlich auch eine finanzielle Flankierung von staatlicher Seite.

Für den beschleunigten Umbau der Energieversorgung ist neben den Ländern in erster Linie der Bund gefordert. Deshalb wundert es mich schon, dass hier für die energetische Gebäudesanierung bayerisches Geld gefordert wird, während die SPD-regierten Länder den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur energetischen Gebäudesanierung im Bundesrat letzte Woche wegen der damit verbundenen Steuerbefreiungen abgelehnt haben. Wir sind uns darin einig, dass Energiesparmaßnahmen an Gebäuden eine tragende Säule unserer Energiezukunft sind. Deshalb muss es unser Ziel sein, möglichst schnell mit gezielter Förderung die Sanierungsrate zu erhöhen.

Wir wollen, dass die Bürger mitmachen, dass sie sanieren, dass sie einsparen. Das heißt am Ende aber auch, dass sie investieren müssen. Wir sollten nicht so tun, als würden wir den Energieumbau mit staatlichen Mitteln alleine bewältigen können. Trotz aller Fördermaßnahmen und steuerlicher Anreize, die wir sicherlich begleitend schaffen müssen, wird die Energiewende nur gelingen, wenn jeder Einzelne bereit ist, seinen Beitrag zu leisten. Der energiepolitische Dreiklang - Energie sparen, erneuerbare Energien erzeugen und sie effizient verwenden - lebt vom Mitmachen der Menschen. Wir wollen, dass Bayern das Land mit der höchsten Energieeffizienz und der saubersten Energieerzeugung wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dazu muss der Freistaat seinen Beitrag leisten!)

Das werden die zukünftigen Haushalte auch dokumentieren.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bei Ihnen gibt es auch noch Zeit auf der Uhr. Jetzt hat für die FREIEN WÄHLER der Kollege Glauber das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach mehr als zwölf Stunden Sitzungsmarathon kann man es kurz machen. Der Antrag ist in den Ausschüssen beraten worden. Wir werden es nur schaffen, wenn der Bund und die Länder ihren Verpflichtungen gerecht werden. Bei der Gebäudesanierung ist es nicht sinnvoll, wenn das Land seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, denn wir wissen, dass diese Mittel auch regional wieder zurückfließen. Deshalb bleibt

die Wertschöpfung in den Regionen. Wie gesagt, wir stimmen zu. Das ist das Votum der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Jetzt geht es mir fast schon zu schnell. Ich darf den Kollegen Hartmann bitten, kurz zu warten, weil ich geschäftsleitend etwas mitteilen möchte. Zum nächsten Tagesordnungspunkt, zur Listenummer 39 aus der Anlage zum Tagesordnungspunkt 18, also zur nachfolgenden Debatte ist auf die Aussprache verzichtet worden. Es ist aber eine namentliche Abstimmung beantragt worden. Damit die Zeit schon läuft, kündige ich Ihnen das an. Jetzt fahren wir fort. Herr Hartmann, Sie haben jetzt für die GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist unumstritten und klar, dass es nicht zum Nulltarif gehen wird, wenn ein Bundesland, das jahrzehntelang auf eine falsche Energiepolitik gesetzt hat, jetzt ins Zeitalter der erneuerbaren Energien einsteigen will. Hierfür wird man Geld ausgeben müssen. Das ist unumstritten. Deshalb ist es für uns ganz klar, dass wir den Antrag unterstützen und dass dafür Mittel bereitgestellt werden müssen. Bereits im Rahmen der Doppelhaushaltsberatungen hat es uns nicht eingeleuchtet, warum man das Klimaschutzprogramm auslaufen lässt. Ein Großteil des Geldes für die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude stammt aus dem Klimaschutzprogramm. Der Nachholbedarf ist noch gewaltig. Warum lassen Sie das Klimaschutzprogramm auslaufen?

Wenn Sie mir zuhören, möchte ich noch einen anderen Bereich kurz ansprechen. Wir unterstützen den Antrag der SPD-Fraktion, bitten jedoch die Staatsregierung darum, eine Evaluierung des Klimaschutzprogramms vorzulegen, damit es in diesem Landtag diskutiert werden kann. Was ist mit dem Geld in den letzten Jahren erreicht worden? Wie deutlich ist durch das Klimaschutzprogramm der CO₂-Ausstoß reduziert worden? Die Evaluierung gehört zur Debatte dazu, um die nächsten Maßnahmen einzuleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Auf der Uhr ist noch Zeit übrig. Für die FDP-Fraktion hat Kollege Karsten Klein das Wort.

Karsten Klein (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade habe ich gehört, dass die Kolleginnen die Zeit auf mich überschrieben haben. Jetzt kann ich etwas länger reden. Ich versuche mich jedoch kurz zu fassen. Die Energiewende liegt selbstverständlich auch der FDP-Fraktion sehr am Herzen. Das können Sie daran erkennen, dass wir nach wie vor die einzige Partei in Bayern sind, die ein Energiekonzept auf ihrem Landesparteitag beschlossen hat.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist die Energiewende bei uns in guten Händen.

(Lachen der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Beim Haushalt ist es so wie in der Juristerei: Ein Blick in den Haushalt schärft den Blick. Wenn Sie einen Blick in den Haushalt werfen, werden Sie feststellen, dass dort bereits deutlich mehr Mittel, als von der SPD gefordert, vorhanden sind. Allein mit dem Programm "Aufbruch Bayern" haben wir Projekte mit einem Volumen von über 97 Millionen. Es geht um Elektromobilität, um Solarfabriken, um Forschungseinrichtungen, Karbonfasern und vieles mehr.

Zudem läuft im Jahr 2011 immer noch das Programm "Klimawandel", das ein Volumen von 81 Millionen Euro aufweist. Herr Kollege Hartmann hat das bereits angesprochen. Das ist mehr, als die SPD mit Ihrem Antrag fordert. Richtig ist, dass Handlungsbedarf besteht. Mit dem Nachtragshaushalt 2012 werden wir auch handeln. Die FDP-Fraktion wird sich für ein Investitionsprogramm mit einem Volumen von ungefähr 100 Millionen Euro im Rahmen des Nachtragshaushaltes stark machen. Selbstverständlich müssen wir ebenfalls die Programme auf Bundesebene berücksichtigen. Was fördert der Bund? Welche Investitionen tätigt der Bund? Wo will der Bund aktiv werden? Wir wol-

len keine Doppelungen, sondern dort einsteigen, wo es für Bayern und seine Regionen wichtig ist. Dafür werden wir das Geld investieren. Das haben die Regierungsfaktionen bereits in dieser Legislaturperiode sinnvoll getan. Deshalb ist der Antrag der SPD-Fraktion für einen Nachtragshaushalt 2011 unnötig. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Bayerische Staatsregierung hat jetzt Staatsminister Zeil das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Antrag in der Plenarsitzung am 25. Mai sehr ausführlich diskutiert. Ich möchte mich sehr herzlich dafür bedanken, dass fraktionsübergreifend eine große Bereitschaft für die Energiewende besteht. Die in unserem Energiekonzept vom 24. Mai enthaltenen vielfältigen Maßnahmen, die unter meiner Federführung entwickelt wurden, enthalten Projekte wie zum Beispiel praktische Förderprogramme, aber gerade auch Vorschläge zu Fragen der Forschung, der Wissenschaft und der Entwicklung. Diese sollen in den Nachtragshaushalt, der ohnehin am Ende des Jahres zur Verabschiedung ansteht, integriert werden. Ich bedanke mich insbesondere bei den Koalitionsfraktionen. Es wird noch sehr viel Arbeit vor uns liegen. Jedoch ist es nicht sinnvoll, plakativ irgendetwas zu beschließen, was ohnehin kommen wird. Dafür brauchen wir keinen Hinweis von der Opposition.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

In der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern, die in der heutigen Sitzung beschlossen worden ist, wird es viele Gelegenheiten geben, über solche allgemein gehaltenen Anträge hinaus konkrete Projekte anzugehen. Für diese Debatte bedanke ich mich beim Hohen Haus und empfehle Ihnen die Ablehnung dieses Antrags.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch kurz am Mikrofon. Herr Kollege Dr. Fahn hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung entschlossen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ich verstehe Ihre Äußerungen nicht. Sie haben gesagt, dieser Nachtragshaushalt werde ohnehin kommen. Das war auch den Beiträgen der CSU-Fraktion zu entnehmen. Im Konzept der Staatsregierung sind bereits Mittel vorgesehen, die notwendig sind, um die Energiewende umzusetzen. Wenn der Nachtragshaushalt kommen wird - die SPD fordert das -, dann müssen Sie doch dem Antrag der SPD zustimmen. Ansonsten ist das ein reines Politikum, das Sie hier veranstalten.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister zur Erwiderung, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege, ich möchte darauf hinweisen, dass es ein geordnetes Verfahren gibt. Das Verfahren regelt die Erstellung von Haushalten und Nachtragshaushalten. Deswegen ist es nicht sinnvoll, für spezielle Themen, so wichtig sie auch seien mögen, einen vorgezogenen Nachtragshaushalt zu fordern und zu beschließen, nachdem diese Koalition einen Nachtrag 2012 ohnehin schon vorbereitet. Einen Beschluss über einen derartigen Schaufensterantrag brauchen wir nicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Nun folgt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Karsten Klein von der FDP-Fraktion.

Karsten Klein (FDP): Herr Staatsminister Zeil, in der Debatte gibt es ein Missverständnis: Wir werden einen Nachtragshaushalt 2012 beschließen. Die SPD fordert jedoch einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2011. Das ist der Unterschied. Wir lehnen

den Nachtragshaushalt für 2011 ab, da dieser unnötig ist. Der Nachtragshaushalt für das Jahr 2012 ist nötig. Deshalb machen wir ihn auch.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege, es wäre nicht das erste Mal, dass die Regierungskoalition der SPD weit voraus ist. Es wird noch viele solche Fälle geben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister, Sie haben es noch nicht geschafft. Jetzt hat sich noch Kollege Dr. Runge für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Staatsminister Zeil, jetzt stellt sich mir die Frage nach Koch und Kellner. Sie haben wortwörtlich gesagt: Ende dieses Jahres. Herr Kollege Klein hat Sie jetzt um ein Jahr korrigiert. Als Staatsregierung haben Sie einen Nachtragshaushalt Ende dieses Jahres verkündet. War das ein Versprecher? Schließen Sie sich Herrn Kollegen Klein an?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Dr. Runge, anscheinend ist es eine Lieblingsbeschäftigung von Ihnen, vermeintliche Widersprüche aufzudecken. Ich darf Ihnen jedoch sagen, dass es ein klares Verfahren gibt. Die Staatsregierung wird im Einvernehmen mit den sie tragenden Fraktionen wie immer bis Ende des Jahres einen solchen Haushalt vorlegen, der selbstverständlich im nächsten Jahr für das Jahr 2012 beschlossen wird. Das ist immer der Fall. Es ist schon fast Energieverschwendung, dass wir uns über solche Fragen in dieser Breite austauschen müssen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/9212 die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen SPD, FREIE WÄHLER und die GRÜNEN. Gegenprobe? - Das sind die Regierungsfraktionen CSU und FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion der GRÜNEN "Gegen die Norm? Koordinierungsstelle für die Gleichstellung von Menschen mit queeren Lebensformen" auf Drucksache 16/8159 bekannt. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 92 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)